

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
24.06.2019 10:24

21.06.2019
Tel.: +49 361
Fax: +49 361
E-Mail:

@vtw.de

14274/2019

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/3135

zu Drs. 6/7139

Den Mitgliedern des
InnKA

Vorab-Stellungnahme des vtw zur Änderung des KAG – Aufhebung der Straßenausbaubeiträge für die mündliche Anhörung am 27.06.2019

Sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

Im Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. (vtw) haben sich 213 Mitgliedsunternehmen, darunter 175 Wohnungsunternehmen, zusammengeschlossen. Nahezu jeder zweite Mieter in Thüringen wohnt bei einem Mitgliedsunternehmen des vtw. Seit 1990 investierten vtw-Mitglieder fast 13 Milliarden Euro überwiegend in den Wohnungsbestand. Gemeinsam bewirtschaften sie 265.200 Wohnungen und sicherten im Jahr 2018 mehr als 3.300 Arbeitsplätze.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Teilnahme an der mündlichen Anhörung vor dem Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtages zur Aufhebung der Straßenausbaubeiträge und nehmen wie folgt Stellung:

1.

Da die Straßenausbaubeiträge für die Mitglieder des Verbandes Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. aufgrund der Grundstücksgröße und Gebäudehöhe oftmals eine erhebliche finanzielle Belastung darstellten, ist der Verband grundsätzlich erfreut über die geplante Aufhebung der Straßenausbaubeiträge.

Hierdurch werden den Wohnungsunternehmen finanzielle Spielräume ermöglicht, um weiter die Erhaltung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Thüringen zu garantieren.

Wichtig ist uns allerdings eine transparente und nicht streitanfällige Regelung, die auch in der Umsetzung thüringenweit zu keiner Ungleichbehandlung führt.

Es sollte darauf hingewirkt werden, dass die Umsetzung der Gesetzesregelung in den Satzungen der Kommunen zeitnah und eindeutig erfolgt.

2.

2.

Die Aufhebung der Straßenausbaubeiträge darf jedoch nicht zu weiteren finanziellen Belastungen für unsere Mitgliedsunternehmen und Mieter führen.

Der vtw unterstützt deshalb die bisherige Kommunikation der Landesregierung, dass den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden und durch das Land entsprechende Ausgleichszahlungen erfolgen, um den Wegfall der Straßenausbaubeiträge zu kompensieren.

Der vtw befürwortet damit das Gesetzesvorhaben und bittet um Berücksichtigung der vorgenannten Hinweise.

Mit freundlichen Grüßen

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.